

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 16 (1926)

Heft: 25

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Bilder von den Verheerungen des Zylkons im Jura.

Rechts und links: Verwüstungen in den Wäldern bei Chaux d'Abel. In der Mitte: Bei Haut des Combes.

(Siehe „Chronik“ unter „Bernerland“.)

Aus der politischen Woche.

Westeuropa ist von Regenfluten heimgesucht, die die Ernten schwer schädigt, zum Teil geradezu vernichtet. Die schrecklichen Wetterstürme vom 11. Juni haben eine wahre Weltuntergangsstimmung wachgerufen, nicht nur bei den unglücklichen Opfern des Zylkons auf der Jurahochfläche zwischen Les Breuleux und La Chaux-de-Fonds, sondern auch anderswo.

Atmosphärische Depressionen haben je und je auch die Gemüter der Menschen gedrückt. In Frankreich ist trotz des glücklichen Ausganges des Marokko-Krieges die Krisenstimmung noch lange nicht überwunden. In den Wandelgängen der Kammer schwirrten Anfangs der Woche die Gerüchte von einer Umbildung des Kabinetts Briand herum. Man sprach vom Rücktritt des Finanzministers Péret. Die Demission Pérets ist inzwischen Tatsache geworden. Sie scheint nicht im Willen des Ministerpräsidenten gelegen zu sein; denn dieser wie der Ministerrat drangen in Péret, seine Demission rügfällig zu machen; dieser aber erklärte seinen Entschluß als unwiderruflich. Raoul Péret ist schon der dritte Finanzminister Briands; ihm voran gingen Doumer und Loucheur. (Briand hat dem Präsidenten der Republik die Demission des ganzen Kabinetts angeboten; er wird aber sehr wahrscheinlich neu beauftragt werden).

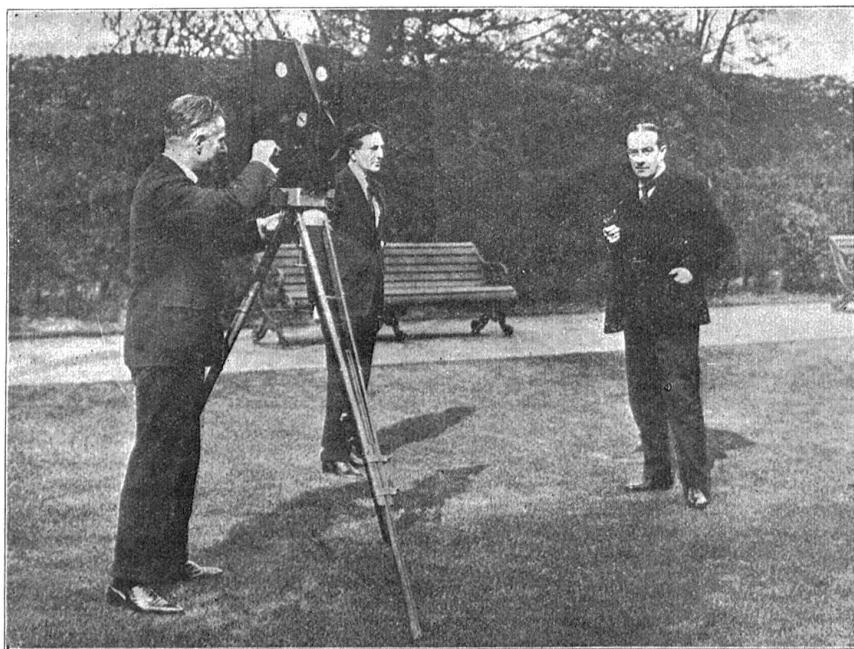
Pérets glatte Kapitulation vor den Geldbesitzern konnte in einer Demokratie wie Frankreich für ihn nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die Deputierten hätten niemals ohne Gefahr, ihre eigene Stellung zu verlieren, die Gesetze gutheissen können, die nun zur Durchführung des neuen Finanzprogrammes notwendig sind: die neuen Steuern auf Einkommen und Verbrauch — den jetzt schon Schwerbelasteten neu auf den Budel geladen. Das möchte Péret einsehen, und er hielt für gut, diese Aufgabe einem andern zu überlassen. Wer wird dieser andere sein? Es ist vorauszusehen, daß auch der neue Siegfried den Drachen „Frankensturz“ nicht töten wird. Denn es fehlt dem französischen Finanzminister — jedem, auch dem künftigen — das Schwert dazu: die diktatorische Macht über die Finanzleute, die bei der gegenwärtigen Beschaffenheit des Geldes (das sich ungestraft verschaffen kann) auch einem Diktator Trokki bieten, und über die Steuerzahler. Letztere allerdings können nach faschistischem Rezept gebändigt werden; aber so tief ist die französische Demokratie noch nicht im Defaitismus versunken, daß ein Diktator in Frankreich heute schon möglich wäre. Aber die Zeit arbeitet für den Faschismus — wenn nicht für die Revolution, die der französischen Tradition immerhin gemäher ist, trotz Léon Daudet und seiner Monarchisten.

Briand selber dürfte auf seinem Posten bleiben, so lange Frankreich noch so wichtige außenpolitische Dinge wie die Marokko-Angelegenheit zu erledigen hat. Die Marokko-Frage kann über Nacht zu einer neuen Lebensfrage werden für Frankreich. Die Einigung mit Spanien scheint auf dem Wege zu sein. Aber auch das Eingreifen

Italiens mit seinen Ansprüchen. Hinter Italien steht unzweifelhaft England, wenn auch noch nicht das offizielle, das erst kürzlich noch kein Desinteresse an der Regelung der Rif-Frage erklärt hat. Umso deutlicher stützt die englische Presse den italienischen Standpunkt. Und man geht kaum fehl, wenn man hinter ihr Chamberlains Einfluß vermutet; denn der englische Außenminister müßte ganz dankbar sein, wenn er dem Freund von Rapallo jede Unterstützung in der Marokko-Angelegenheit versagen wollte; hat ihm doch Mussolini in der Mosulfrage außerordentlich wertvolle Dienste geleistet, indem er die Türkei von Rhodos aus bedrohte.

Zur Stunde lehnen die Franzosen in Uebereinstimmung mit Spanien jede Einmischung Dritter in der Neuordnung des Rif entschieden ab. Einmal hätten sie allein die Sorgen und Mühen mit Abd-el-Krim gehabt, und dann werde das Tangerabkommen von 1912 an keinem Punkte berührt. Die Franzosen waren ja tatsächlich die Angegriffenen, und als Sieger hat niemand das moralische Recht, ihnen in den Verhandlungen dreinzureden, um so weniger, als die Franzosen hier nur als vertragliche Beschützer des Sultanats handeln. Um die Interessengemeinschaft zwischen Marokko und Frankreich recht deutlich aller Welt fund zu tun, wird der Sultan demnächst nach Paris reisen und das Nationalfest vom 14. Juli mitfeiern.

Ein anderer fraglicher Posten der französischen Außenpolitik ist Genf und das Locarno-Abkommen mit Deutschland, das unvollendete Werk Briands. Die Völkerbundskrise ist in ein akutes Stadium getreten: Brasilien hat durch seinen Vertreter Mello-Franco seinen Rücktritt aus dem Völkerbund erklärt mit der Begründung, daß in Genf nicht die politischen Ideale gepflegt werden, denen Brasilien huldige; der Völkerbund sei keine universelle Institution, der Einfluß gewisser europäischer Mächte überwiege zu stark. Die Begründung trägt sicher viel Wahrheit in sich; doch vergibt die brasilianische Regierung, daß die heutige Form ein für die europäische Konsolidierung notwendiges Übergangsstadium darstellt, das durch das Fernbleiben Nordamerikas und Russlands und nun durch den Rücktritt Brasiliens nur verlängert wird. Der Rücktritt Brasiliens bedeutet für die Amerikaner eine nicht geringe Genuugtuung. Senator Boral gab dieser Freudenstimmung in seiner Erklärung an die Agentur Internews Ausdruck: „Der Völkerbund“, so sagte er ungefähr, „ist eine notwendige Institution für die Konsolidierung Europas, aber er ist nie-mals übertragbar auf die westliche Hemisphäre.“ Den wahren Grund des amerikanischen Fernbleibens von Genf verschweigt der Senator: Der Gläubiger will nicht zu nahe mit seinen Schuldnern zusammenstehen, weil sonst seine Nachsicht und Güte zu sehr in Anspruch genommen wird. Amerika vermag aus der Ferne die europäischen Nöte mit größerem Gleichtum zu ertragen, als wenn es sie in Genf sozusagen tagtäglich miterleben müßte.



Der englische Premier Baldwin im Garten der Regierungsgebäude in der Downing Street in London. In England wird jetzt ein Film hergestellt, der die Regierung bei ihren Arbeiten zeigen soll. Die Aufnahmen des interessanten Filmes erstrecken sich aber nicht nur auf die Darstellung besonderer Staatsereignisse oder laufender Staats-Geschäfte, sondern schildern auch das tägliche Leben der einzelnen Minister und Staatsführer.

Die 40. Sitzung des Völkerbundsrates klang mit einem schrillen Misston aus. Die Austrittserklärung Millo-Francos war es nicht allein. Der in Paris lebende ungarische Journalist und republikanische Emigrant Jwan von Justh beging auf den Außenminister Ungarns, Graf Bethlen, ein Ohrfeigenattentat, das ein diplomatisches Nachspiel zur Folge haben wird. Bereits hat die ungarische Regierung die Auslieferung des Attentäters verlangt. Da es sich aber um ein politisches Verbrechen handelt, das die schweizerische Polizei mit dem besten Willen zu verhüten nicht in der Lage war — von Justh war vom Völkerbundssekretariat als Vertreter einer Pariser Zeitung zuge lassen und Bethlen überdies von sechs Detektiven der Genfer Polizei Tag und Nacht bewacht — so dürfte das Verlangen Ungarns vom Bundesrat abgewiesen werden.

Das ungarische Volk, soweit es hinter der Regierung Horthy-Bethlen steht, ist durch das Ohrfeigenattentat in Genf schwer beleidigt worden. Gewiß. Aber das Attentat war provoziert. Der Attentäter war ein vom Regim Verfolgter, ein überzeugter Republikaner. Er sah, wie die Banknotenfälscher das ungarische Prestige in der Welt auf unerträgliche Weise verlebten. Ihm war die Mitschuld Bethlens Gewißheit. Der französische Antrag vor dem Völkerbundsrat, es sei eine internationale Konvention zum Schutz vor Banknotenfälschern anzustreben, dies gestützt auf gewisse Vorgänge in einem gewissen Lande, die bewiesen hätten, wie schuhlos ein Staat solchen Fälschern gegenüber sei, mochte von Justh in dieser Gewißheit gestärkt haben. Wie dem auch sei, so hat der Attentäter sich des Missbrauches des schweizerischen Gastrechtes schuldig gemacht und verdient schon dafür seine Strafe. Der Bundesrat wird ihn voraussichtlich ausweisen, hoffentlich nicht ausliefern. Der Vorgang ist auch vom Standpunkte der Genferpolitik aus zu bedauern.

Genf genießt nicht bloß die Vorteile, die ihm der Sitz des Völkerbundes bietet: vermehrte Bautätigkeit — eben wurde das neue Palais des Internationalen Arbeitsamtes eingeweiht — gefüllte Hotels, lebhaften Verkehr und viel Fremdenbesuch. Nein, es hat auch die Nachteile der Völkerbundstadt zu spüren. Die Welt verlangt sozusagen von ihm die Verwirklichung eines Ideals als Gastgeberin der Völker.

Da soll es freies Gastrecht üben und allen Völkern unparteiisch die Tore öffnen. Wenn aber einer wie Graf Bethlen eine Ohrfeige kriegt, dann regnet es diplomatische Noten. Und neuestens kommt der Faschistenkrawall. In einer Versammlung zu Ehren des von römischen Faschisten ermordeten Matteotti nahmen italienische Faschisten als Aufpasser teil, um eingreifen zu können, wenn der Redner einen Ausfall gegen Mussolini wagen würde. Dies geschah nicht; dagegen wurden Schmähruhe gegen das italienische Staatshaupt aus dem Publikum laut. Nun flog ein Stuhl und fielen Pistolenbeschüsse, und kam es zu einem wilden Tumult. Die Polizei griff ein und verhaftete den Schützen, einen Anarchisten. Die Faschisten werden der Provokation angeklagt und klagen ihrerseits über Beleidigung Mussolinis an. Die fascistische Leitung Italiens gratuliert den Genfer Freunden für ihre mutige Haltung und schickt einen Kommissär zur Untersuchung der Affäre. Hoffentlich weist die Genfer Polizei diesen Kommissär vor die Tür und lädt sich nicht in die Angelegenheiten hineinreden. Man sieht, die Genfer haben es nicht leicht mit ihren internationalen Gästen.

Deutschland hat politisch bewegte Tage hinter sich und noch vor sich. Nächsten Sonntag fällt die Entscheidung in der Frage der Fürsteneignung. Der Kampf ist auf der ganzen Linie entbrannt. Der Reichspräsident Hindenburg hat entgegen der Verfassung mit einer Kundgebung gegen die entschädigungslose Enteignung eigenhändig in den Kampf eingegriffen. Der Rechtspolitiker Löbell veröffentlichte mit Zustimmung des Reichspräsidenten dessen Brief an ihn, worin er die Enteignung als ein Vergehen gegen das Eigentumsgesetz brandmarkt und das deutsche Volk davor warnt. Der Hindenburgbrief gab Anlaß zu einer Interpellation im Reichstag. Der Reichskanzler deckte die Handlungsweise Hindenburgs. Sie habe nicht gegen das Gesetz verstößen, das dem Reichspräsidenten als Staatsmann strikte Neutralität in Parteidingen auferlegt; der Brief sei bloß eine private Meinungsäußerung gewesen und kein Staatsakt; ein solcher hätte von ihm, dem Reichskanzler, gegengezeichnet werden müssen. Die Erklärung wurde von allen republikanischen Parteien des Reichstages, auch von der Partei, der Dr. Marx selber angehört, vom Zentrum, zurückgewiesen. Es ergibt sich somit eine Situation, die dem Kabinett Marx verhängnisvoll werden kann. Auch Hindenburgs Stellung erscheint bedroht. In Frankreich würde sie unhaltbar sein, wie das Millerand erfahren hat, der sich in ähnlicher Weise in die Parteipolitik eingemischt hatte. Die Linksparteien werden am 20. Juni die 20 Millionen Stimmen nicht erreichen. Aber auf alle Fälle wird dieser Gang zur Urne zu einer tödlichen Propaganda für den republikanischen Gedanken werden. -ch-

Wie sind die Tage . . .

Wie sind die Tage schwer!
An keinem Feuer kann ich erwärmen,
Keine Sonne lacht mir mehr,
Ist alles leer,
Ist alles kalt und ohne Erbarmen,
Und auch die lieben Klaren
Sterne schauen mich trostlos an,
Seit ich im Herzen erfahren,
Daz Ließe sterben kann.
Hermann Heise. (Aus „Musik des Einsamen“.)